





## Das Landkreisnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Im Landkreisnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement (BE) sind die Landkreise in Baden-Württemberg unter dem Dach des Landkreistags verbunden. Das im Jahr 1997 gegründete Netzwerk will dazu beitragen, Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung zu fördern und weiter zu entwickeln. Es wird von der Fachberaterin für Bürgerschaftliches Engagement koordiniert.

Bürgerschaftliches Engagement lebt von Vernetzung und Zusammenwirken. Das Landesnetzwerk BE setzt sich dafür ein, die Strukturen und Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement auf allen Ebenen kontinuierlich zu verbessern.

Es versteht sich als Plattform für den Austausch von Wissen, Erfahrungen und Kompetenz für die Fachkräfte in den Landkreisen.

Auf Landesebene ist es partnerschaftlich mit dem Städtenetzwerk BE und dem Gemeindenetzwerk BE und weiteren landesweiten Kooperationspartnern verbunden. Es arbeitet eng mit dem Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg zusammen.

## Die Fachberatung Bürgerschaftliches Engagement

- begleitet Landkreise beim Aufbau von neuen Strukturen und unterstützt Entwicklungsprozesse individuell
- ◆ sorgt für Vernetzung und Austausch
- ◆ organisiert Fachtagungen
- ◆ informiert über Fördermöglichkeiten
- unterstützt bei der Antragstellung von Fördermitteln
- ◆ fördert und vernetzt Qualifizierungsangebote im Bürgerschaftlichen Engagement www.qualifiziert-engagiert-bw.de
- führt einmal jährlich zusammen mit der Fachberatung Quartiersentwicklung des Landkreistags Baden-Württemberg am Bodensee die landesweite Fachtagung "Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft" durch www.reichenauer-tage.de

## **Kontakt**

Landkreisnetzwerk BE Leitung und Fachberatung Landkreistag Baden-Württemberg Dezernat V Arbeit, Soziales, Teilhabe Panoramastr. 37 70174 Stuttgart

Christine Stutz Telefon: 0711 22462-36 stutz@landkreistag-bw.de www.landkreistag-bw.de

Finanziert durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration aus Landesmitteln, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat



Baden-Württemberg Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration